



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 21.05.2026**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	17:00 Uhr bis 20:13 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Prof. Dr. Claudia Dalbert, Vorsitzende
Olaf Böhlke

Alexander Raue
Dr. Jörg Erdsack
Daniel Petzold

Patricia Fromme
Thomas Schied

Dr. Silke Burkert
Sarah Labusga
Andreas Wels

Tim Kehr wieder

Torsten Doege

Josef Hebeda

Marion Krischok
Julius Neumann
Miriam Schöps

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
anwesend bis 19.09 Uhr
AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
anwesend bis 19.55 Uhr
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale),
anwesend bis 19.44 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Volt/MitBürger
Fraktion Hauptsache Halle,
anwesend bis 19.02 Uhr
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale), anwesend bis 19.07 Uhr
Sachkundiger Einwohner,
anwesend ab 17.31 Uhr bis 19.32 Uhr
Sachkundiger Einwohner,
anwesend bis 19.07 Uhr
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin,
anwesend bis 19.48 Uhr

Verwaltung

René Rebenstorf

Simon Kuchta
Tobias Teschner
Simone Trettn

Ronald Hirtz
Sophia Waldowski

Beigeordneter für Stadtentwicklung, Umwelt
und Sicherheit
Leiter Fachbereich Umwelt
Leiter Fachbereich Sicherheit
Leiterin Abt.
Stadtentwicklung/Freiraumplanung
Leiter Team Untere Naturschutzbehörde
stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Jonathan Blume
Marcel Greiner
Henry Körner
Paul Backmund

teilAuto Halle
Jetzt mobil Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle

Entschuldigt fehlten:

Johannes Menke
Stefan Schulz
Sabine Wolf

Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von der Ausschussvorsitzenden, **Frau Prof. Dr. Dalbert**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass der TOP 6.3, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nachpflanzung von Alleegebäumen in der Straße Am Kirchtur, Vorlage: VIII/2025/01310, bis November 2026 verlegt werden soll. Außerdem machte sie auf eine neue Mitteilung aufmerksam: TOP 7.2, Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale).

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.04.2026
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Änderung des Baubeschlusses VII/2020/01116 GRW-Maßnahme Elsterradweg Am Hohen Ufer
Vorlage: VIII/2026/02498
- 5.2. Verlängerung der Zweckvereinbarung zur telemedizinischen Unterstützung und des zugehörigen Vertrages mit der Gemeinschaft der Krankenhäuser
Vorlage: VIII/2026/02525
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Prüfauftrag des Stadtrates Henry Körner (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) für Maßnahmen zur Verbesserung von Sauberkeit und Sicherheit auf Grünflächen und an Uferbereichen, Vorlage: VIII/2026/02578
- 6.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Beendigung des Drogenhandels im Umfeld des Gesundheitszentrums Silberhöhe über geeignete Maßnahmen der Verwaltung
Vorlage: VIII/2026/02642
- 6.4. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur beschleunigten Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie, Vorlage: VIII/2026/02435

- 6.5. Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER: Platzfrieden am August-Bebel-Platz und am Landesmuseum, Vorlage: VIII/2026/02434
- 7. Mitteilungen
 - 7.1. Entwicklung und aktueller Sachstand von Carsharing im Stadtgebiet von Halle (Saale)
 - 7.2. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2026/02653
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Maßnahmen gegen das Insektensterben - hier: Nachfrage, Vorlage: VIII/2026/02526
 - 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Rad-, Fuß- und Busverkehr im Bereich Dautzsch / Reideburger Landstraße, Vorlage: VIII/2026/02633
 - 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof, Vorlage: VIII/2026/02634
- 9. Anregungen
- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.04.2026
- 11. Beschlussvorlagen
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. Mitteilungen
- 14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zur Abfallgebührensatzung

Fragesteller 1 sagte, die Abfallgebührensatzung für 2027/2028 steht voraussichtlich im 4. Quartal 2026 auf der Tagesordnung des Ausschusses. Er wollte wissen, ob ein aktuelles Urteil Auswirkungen auf die Gültigkeit der Abfallgebührensatzung 2024 hat – insbesondere, ob diese aufgrund eines nicht rechtskräftigen Urteils mit mangelhaftem Degressionsnachweis für nichtig erklärt werden könnte. Zudem interessierte ihn, ob die Satzung für 2027/2028 ebenfalls degressiv gestaltet wird oder ob angesichts der aktuellen rechtlichen Lage auf eine degressive Kostenansetzung verzichtet wird – insbesondere bei den Logistikkosten.

Herr Kuchta sagte, dass das Urteil derzeit vom Rechtsamt gemeinsam mit dem Fachbereich Umwelt geprüft wird, ob gegebenenfalls Rechtsmittel eingelegt werden und welche Auswirkungen es auf die zukünftige Einbringung der Abfallgebührensatzung hat.

Fragesteller 1 erklärte sich zu weiteren Gesprächen bereit, bevor es eine endgültige Entscheidung der Stadtverwaltung gibt, wie man mit dem Urteil und der Abfallgebührensatzung für 2027/2028 weiter verfährt.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.04.2026

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 16.04.2026.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

8 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Änderung des Baubeschlusses VII/2020/01116 GRW-Maßnahme Elsterradweg Am Hohen Ufer, Vorlage: VIII/2026/02498

Frau Trettin führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Frau Labusga sagte, dass die Änderung des Beschlusses mit höheren Kosten einhergeht. Sie sieht es kritisch, dass mit den Maßnahmen bereits begonnen wurde, obwohl der Maßnahme noch nicht final zugestimmt wurde. Sie fragte, wie damit umgegangen wird.

Frau Trettin sagte, dass die Maßnahme sich innerhalb eines großen Maßnahmepakets befindet. Auf Grund der Vielzahl der Maßnahmen und der gegenseitigen Abhängigkeiten, sowie die zwingende Fertigstellung bis 2028, mussten die Arbeiten bereits beginnen.

Frau Krischok fragte zu den geänderten Ersatzpflanzungen, die nun nördlich des Osendorfer Sees gemacht werden sollen.

Frau Trettin sagte, dass sich im Laufe der Planungen Änderungen ergeben haben, die zu Beginn der Planung noch nicht abzusehen waren.

Frau Krischok fragte, was an der Stelle geschieht, an der die Ersatzpflanzungen ursprünglich geplant waren.

Frau Trettin sagte, dass sich an diesen Stellen Auwiesen befinden. Man konnte sich nach Norden und Süden nicht weiter ausdehnen.

Herr Raue sagte, dass bei Baubeschlüssen die Preisteuerung teilweise integriert wird. Er fragte, ob das in dieser Vorlage auch der Fall war.

Frau Trettin bestätigte das. Die Baupreise haben sich in den letzten fünf Jahren massiv erhöht. Pro Jahr wurden zehn Prozent Kostensteigerungen integriert. Man orientiert sich damit an dem Baupreisindex.

Herr Raue fragte, ob eine Zahl zur Nutzungsfrequenz genannt werden kann.

Frau Trettin sagte, dass der Saaleradwanderweg von überregionaler Bedeutung ist. Es gibt Zahlen von weiter südlich liegenden Bereichen. Die Stadt Halle hält selbst keine Zählstation.

Herr Dr. Erdsack fragte, ob der geplante Radweg zwischen Hafenbahnbrücke und Rabeninsel gebaut wird.

Frau Trettin sagte, dass es für diesen Radweg einen immensen Kostenaufwuchs gab. Es soll weitere Überlegungen zu diesem Abschnitt geben.

Herr Dr. Erdsack fragte, ob man die Ereignisse und die Zeitschiene der Planungen erhalten kann.

Frau Trettin sagte, dass im kommunalen Teil elf Maßnahmen laufen, die unterschiedliche Stände haben. Der aktuelle Bescheid ist von Ende 2023. Eine Darstellung gestaltet sich schwierig. Die baufachliche Prüfung beim Land dauerte über zweieinhalb Jahre. In der Zwischenzeit hat man die Planung unter Risiko vorangetrieben.

Frau Dr. Burkert fragte zum Verständnis, ob das Paket den Zoo und die Sandanger- und Salinebrücke mit beinhaltet.

Frau Trettin bestätigte das.

Herr Dr. Erdsack fragte, ob es im Rahmen des Fördermittelmanagements eine Art Risikomanagement gibt.

Frau Trettin verneinte das.

Herr Dr. Erdsack fragte, wo sich auf dem Plan die Rampe an den sechsgeschossigen Häusern am Hohen Ufer befindet.

Frau Trettin zeigte den Bereich auf der Karte.

Herr Dr. Erdsack sagte, dass der Bau der Rampe im Winter zu Unmut bei den Anwohnern führte.

Frau Trettin sagte, dass es sich um ein gesondertes Bauprojekt handelte, für den ein Beschluss vorlag. Die Rampe dient der Verkehrsanbindung des Wohngebiets.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

3 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

7 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses VII/2020/01116 und die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Elsterradweg Am Hohen Ufer auf einer

Länge von ca. 1500 m mit fortgeschriebenen Gesamtkosten in Höhe von 2.710.070,00 Euro.

2. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Bestätigung des Investitionshaushaltes.

**zu 5.2 Verlängerung der Zweckvereinbarung zur telemedizinischen Unterstützung und des zugehörigen Vertrages mit der Gemeinschaft der Krankenhäuser
Vorlage: VIII/2026/02525**

Herr Teschner führte in die Beschlussvorlage ein.

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Prof. Dr. Dalbert bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

5 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

1. Unter Zugrundelegung des § 6 Abs. 2 der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale), dem Landkreis Saalekreis und dem Landkreis Mansfeld-Südharz zur telemedizinischen Unterstützung der rettungsdienstlichen Notfallversorgung im Rahmen eines Erprobungsvorhabens gem. § 49 a Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (RettdG LSA) (beschlossen durch den Stadtrat in seiner Sitzung vom 19.06.2024 – Vorlage: VII/2024/07238), wird diese bis zum 30.09.2027 verlängert. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die entsprechende Vertragsverlängerung gegenüber den Vertragspartnern zu erklären.

2. Unter Zugrundelegung des Beschlusspunktes 1. und des § 9 Abs. 3 des Vertrages über die Sicherstellung der telenotärztlichen Versorgung in den Rettungsdienstbereichen Saalekreis, Mansfeld-Südharz und Halle/Nördlicher Saalekreis zwischen der Stadt Halle (Saale), den Landkreisen Saalekreis und Mansfeld-Südharz und der Gemeinschaft der Krankenhäuser, wird letztgenannter bis zum 30.09.2027 verlängert. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die entsprechende Vertragsverlängerung gegenüber den Vertragspartnern zu erklären.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Prüfauftrag des Stadtrates Henry Körner (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) für Maßnahmen zur Verbesserung von Sauberkeit und Sicherheit auf Grünflächen und an Uferbereichen, Vorlage: VIII/2026/02578

Herr Körner führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Raue sagte, dass der Auftrag des Antrages bereits an die „Taskforce Sauberkeit“ abgegeben wurde. Somit wäre der Antrag eigentlich erledigt. Er wunderte sich über die positive Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Antrag. Er fragte, ob die Taskforce überall im Stadtgebiet agiert und wie erfolgreich diese ist.

Herr Teschner sagte, dass die Taskforce sehr erfolgreich ist. Derzeit ist sie mit acht Personen besetzt. Dabei sind vier Asylsuchende, zwei Menschen in Arbeitsgelegenheiten und zwei feste Stellen. Statistiken werden dabei nicht erhoben. Es geht um einen unkomplizierten Auftrag nach einer Meldung und sie sind im gesamten Stadtgebiet unterwegs.

Herr Raue sagte, dass das, was der Antrag beinhaltet, bereits umgesetzt wird. Er stellte die Notwendigkeit des Antrages in Frage.

Herr Teschner sagte, dass eine generelle Ablehnung des Antrages nicht zielführend gewesen wäre. Aus diesem Grund möchte man die Umsetzung des Antrages prüfen.

Herr Raue sagte, dass die Forderungen des Antrages ein reguläres Verwaltungshandeln darstellen. Er kritisierte die teilweisen Zustände in der Stadt, was die Vermüllung angeht.

Herr Teschner sagte, bei Ablehnung des Antrages hätte man gesagt, es interessiert die Stadtverwaltung nicht und bei Zustimmung hätte man gesagt, da ist man nicht selbst darauf gekommen. Mit Abstimmung findet sich für den Antrag eine Mehrheit oder nicht.

Herr Dr. Erdsack fragte, wann das Prüfergebnis vorliegt, sollte dem Antrag zugestimmt werden.

Herr Teschner sagte, ein Ergebnis wahrscheinlich nach der Sommerpause vorliegt.

Frau Dr. Burkert betonte, dass die Verantwortung für Müllbeseitigung bei den Verursachenden liegt. Sie schlug vor, Hinweisschilder aufzustellen, die dazu auffordern, entstandenen Müll wieder mitzunehmen. Zusätzlich regte sie an, Kontakt mit Behindertenwerkstätten aufzunehmen, um zusätzliche Halterungen an Mülleimern bereitzustellen – insbesondere für Pfandflaschen wie Glasflaschen – und so deren achtlose Entsorgung in der Umwelt zu verhindern.

Herr Teschner nahm die Anregung auf.

Herr Hebeda sagte, dass der Antrag grundsätzlich gut ist. Es geht dabei nicht nur um Sauberkeit, sondern auch Sicherheit. Er sagte, folgt man der Argumentation von Herrn Raue, hätte der Antrag bereits zu Beginn der Tagesordnung zurückgezogen werden können, da er einen ähnlichen Auftrag an die Stadtverwaltung enthält – nämlich zu prüfen, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Zusammenhang mit Drogenhandel ergriffen werden können. Diese Inkonsistenz in der Logik kritisierte er.

Er sagte, trotzdem wird die Initiative als sinnvoll erachtet, insbesondere im Kontext von Arbeitsgelegenheiten. Bereits auf Landesebene wurde ein großes Programm gefordert, und es ist positiv, dass die Stadt solche Vorhaben ohne unnötige Vorbehalte umsetzt. Eine Ausweitung dieser Maßnahmen, wo möglich, befürwortete er.

Herr Schied beantragte EinzelpunktAbstimmung. Er sagte, er findet es bemerkenswert, dass die FDP das gerade so in Fokus stellt. Leistung muss sich lohnen – wer sich engagiert und arbeitet, sollte fair entlohnt werden und nicht mit symbolischen Beträgen abgespeist werden

Herr Raue griff die beiden Anträge auf und verglich sie miteinander. Beide können diskutiert werden, und auch der Antrag der AfD zielt auf originäres Handeln von Stadtverwaltung und Polizei ab – allerdings mit Fokus auf Sicherheit. Dieser wird später noch einmal separat eingebracht. Der hier vorliegende Antrag betrifft hingegen bereits beauftragte Sauberkeitsmaßnahmen, die nun erneut aufgegriffen werden. Während die Stadtverwaltung bei einem folgenden, wichtigeren Antrag die Ablehnung empfiehlt, erhält dieser Antrag ihre Zustimmung zur Annahme.

Dies kritisierte er als unverhältnismäßig, da es sich hier um einen Reinigungs- und Umsetzungsauftrag handelt, der eigentlich originäres Handeln und Weitsicht der Verwaltung erfordern würde. Die Zustimmung zu diesem Antrag wird als wahltaktisches Zugeständnis an die CDU bewertet – möglicherweise, um diese zu besänftigen oder ihr ein Erfolgserlebnis zu verschaffen. Insgesamt entsteht der Eindruck undurchsichtiger Absprachen: Während wichtige Anträge abgelehnt werden, erhalten unwesentliche Vorhaben Zustimmung. Er sagte, seine Fraktion lehnt diese Vorgehensweise ab.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis skE:</u>	Einzelpunkt abstimmung
Punkt 1	mehrheitlich zugestimmt 3 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen
Punkt 2	einstimmig zugestimmt 4 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltungen
Punkt 3	mehrheitlich zugestimmt 3 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen
Punkt 4	mehrheitlich zugestimmt 3 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen
Punkt 5	mehrheitlich zugestimmt 3 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen
Punkt 6	mehrheitlich zugestimmt 3 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen
Punkt 7	mehrheitlich zugestimmt 3 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen

<u>Abstimmungsergebnis SR:</u>	Einzelpunkt abstimmung
Punkt 1	mit Patt abgelehnt 5 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltungen
Punkt 2	mehrheitlich zugestimmt 5 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltungen
Punkt 3	mehrheitlich zugestimmt 5 Ja / 4 Nein / 2 Enthaltungen

Punkt 4	mehrheitlich zugestimmt 5 Ja / 4 Nein / 2 Enthaltungen
Punkt 5	mehrheitlich zugestimmt 5 Ja / 4 Nein / 2 Enthaltungen
Punkt 6	mehrheitlich zugestimmt 5 Ja / 4 Nein / 2 Enthaltungen
Punkt 7	mehrheitlich zugestimmt 5 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen:

1. ob für besonders stark frequentierte Bereiche, insbesondere Ziegelwiese und Riveufer, zeitlich oder räumlich begrenzte Glasverbotszonen rechtlich möglich und sinnvoll sind,
2. ob zusätzliche Müllbehälter sowie Sammelstellen für Flaschen eingerichtet werden können,
3. ob Reinigungsintervalle in den betroffenen Bereichen erhöht werden können, insbesondere in den Sommermonaten sowie nach Wochenenden und bekannten Stoßzeiten,
4. ob verstärkte Kontrollen durch den Stadtordnungsdienst, insbesondere an Wochenenden, in den Abendstunden und bei gutem Wetter, umgesetzt werden können,
5. inwieweit bestehende Instrumente, insbesondere Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II, stärker genutzt werden können, um die Sauberkeit und Pflege öffentlicher Flächen zu verbessern,
6. ob gemeinsam mit dem Jobcenter Halle Programme ausgeweitet oder neu aufgelegt werden können, um zusätzliche Unterstützung bei der Pflege und Reinigung stark frequentierter öffentlicher Bereiche zu leisten,
7. dem Stadtrat ein abgestimmtes Maßnahmenpaket mit Zeitplan, Zuständigkeiten und Prioritäten für besonders belastete Bereiche vorzulegen.

Herr Petzold ging noch einmal auf die Aussage von Herrn Raue ein, der der CDU unterstellt, mit der Stadtverwaltung aus wahltaktischen Gründen zusammenzuarbeiten oder Zustimmungen zu erhalten, um Anträge durchzusetzen. Diese Unterstellung wies er klar zurück. Er hält sie für unangemessen und fast schon böswillig. Er verzichtete darauf, eine formelle Entschuldigung zu verlangen, aber solche Aussagen sind für ihn inakzeptabel und sollten künftig unterbleiben.

Herr Raue sagte, er mache Herrn Petzold keinen persönlichen Vorwurf, da er noch nicht lange im Stadtrat ist. Allerdings hat er selbst langjährige Erfahrungen mit undurchsichtigen Absprachen und informellen Abmachungen zwischen Fraktionen und der Stadtverwaltung gemacht – sowohl in seiner eigenen Arbeit als auch in seiner Fraktion. Diese Erfahrungen reichen bis in die vorherige Legislaturperiode zurück und haben sich fortgesetzt. Dafür gibt es aus seiner Sicht keine Rechtfertigung oder Entschuldigung. Er bot an, dies in einem Gespräch näher zu erläutern, da es sich um ein wiederkehrendes Problem handelt, das er über zehn Jahre hinweg beobachten konnte.

Herr Petzold sagte, derartige Vorwürfe sind unangemessen. Erfahrungen oder Vermutungen aus der Vergangenheit können nicht einfach unterstellt werden, um ein solches Verhalten zu untermauern.

zu 6.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Beendigung des Drogenhandels im Umfeld des Gesundheitszentrums Silberhöhe über geeignete Maßnahmen der Verwaltung, Vorlage: VIII/2026/02642

Herr Backmund führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Frau Krischok sagte, dass sie sich seit zwanzig Jahren intensiv mit dem Thema beschäftigt. Im Präventionsrat gibt es eine AG mit dem Namen „Kommunale Suchtprävention“, die sich ebenfalls damit beschäftigt. Sie empfahl eine Mitarbeit in dieser AG. Außerdem gibt es eine AG „Gesunde Silberhöhe“, die sich ebenfalls schon langjährig damit beschäftigt. Die drobs bietet regelmäßig vor Ort Beratungsgespräche an. Sie machte darauf aufmerksam, dass sich in dem Bereich des Gesundheitszentrums die Substitutionsstelle befindet. Betroffene Menschen kommen dort zusammen, um sich auszutauschen und gemeinsam Zeit zu verbringen. Nach ihrer Ansicht ist der Antrag überflüssig.

Herr Backmund bedankte sich für die Einladung zum Präventionsrat.

Herr Hebeda sagte, dass dieser Antrag grundsätzlich gut ist. Die Einlassung von Frau Krischok kann er nicht nachvollziehen. Er sieht den Antrag als Ergänzung, nicht als ausschließliche Alternative. Er sagte, die Stadtverwaltung hat in ihrer Stellungnahme drei Maßnahmen genannt, bezieht sich in der Begründung für die Ablehnung jedoch ausschließlich auf das Beleuchtungskonzept. Es ist ihm unklar, warum die anderen beiden Punkte nicht berücksichtigt oder als Ablehnungsgründe angeführt werden.

Herr Teschner sagte, in der Stellungnahme werden vier zentrale Argumente vorgebracht. Zunächst wird betont, dass die vorbeugende Bewertung und Bekämpfung von Straftaten, einschließlich Drogenhandel, gesetzlich der Polizei obliegt. Zwar finden Kontrollen statt, doch eine vollständige Vorhersage oder Kontrolle von Straftaten ist nicht möglich. Dennoch werden gezielte Maßnahmen wie Observation und Ermittlungen eingesetzt, um nicht nur einzelne Täter, sondern auch Strukturen zu erfassen und nachhaltig zu unterbinden. Des Weiteren wies er darauf hin, dass Drogenhandel nicht ausschließlich im Dunkeln stattfindet, wie Erfahrungen zeigen.

Beleuchtung kann zwar zur Sicherheit beitragen, hat jedoch keine nachweislich direkte oder sofortige Wirkung auf die objektive Sicherheitslage – insbesondere nicht beim Drogenhandel, der auch bei Tageslicht oder in gut beleuchteten Bereichen erfolgt. Ein weiterer Punkt ist die bereits geplante Umsetzung von Maßnahmen, etwa die Gestaltung des Platzes rund um das Gesundheitszentrum, die zur Verbesserung der Situation beitragen sollen. Schließlich wird die Kostenseite angesprochen: Eine flächendeckende Beleuchtung aller Bereiche wäre mit zusätzlichen, nicht eingeplanten Kosten verbunden.

Herr Hebeda sagte, die Erwartung war, dass die Begründung der Ablehnung sich auf die Zuständigkeit der Polizei bezieht – ein Vorgehen, das angesichts der früheren Erfahrungen mit massiver Jugendkriminalität überrascht. Damals wurde zunächst auf unterschiedliche Zuständigkeiten verwiesen, bis durch Druck aus dem Stadtrat und von Eltern sowie einen Antrag der FDP-Fraktion Kontakt zur Innenministerin aufgenommen und ein neuer Maßnahmenplan erarbeitet wurde.

Nun wird erneut auf Zuständigkeiten verwiesen, als ob das Problem allein von der Polizei gelöst werden müsse und keine weiteren Schritte möglich wären. Es bleibt ihm unklar,

warum die Stadtverwaltung nicht aktiv den Kontakt zur Polizei sucht, um den Hotspot zu identifizieren und gemeinsam mit dem Ordnungsamt Maßnahmen zu entwickeln. Auch eine vorläufige Lagebewertung wäre sinnvoll, auch wenn die genaue Situation vor Ort nicht bekannt ist. Vor diesem Hintergrund ist die Ablehnung des Antrags nur schwer nachvollziehbar.

Herr Teschner sagte, das Thema ist der Stadtverwaltung nicht gleichgültig. Es finden gemeinsame Kontrollen statt, etwa am Maritim und auch weiterhin mit der Polizei. Natürlich agieren dabei alle Akteure innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs. Für den Bereich des Gesundheitszentrums ist ein Austausch mit der Polizei ebenfalls vorgesehen. Die Polizei informiert die Stadtverwaltung regelmäßig über Veränderungen oder neue Entwicklungen, sofern dies erforderlich erscheint. Es besteht ein intensiver und regelmäßiger Austausch.

Trotzdem bleibt die Bekämpfung von Straftaten eine originäre Aufgabe der Polizei.

Herr Raue sagte, der Präventionsrat ist nicht dazu geeignet, direkt auf Drogendealer einzuwirken, da diese auf solche Ansätze nicht reagieren und sogar gefährlich werden können. Dealer sind kriminelle Akteure, die etwa auf eine ältere Person, die sie auf ihr Verhalten anspricht, mit Aggression oder Gewalt reagieren würden. Der Präventionsrat arbeitet eher mit einfachen Abhängigen und ist nicht handlungsfähig gegenüber Dealern. Die Bekämpfung des Drogenhandels, insbesondere die Identifizierung und Verfolgung der Hintermänner, ist eine Aufgabe der Ordnungshüter, insbesondere der Landespolizei. Allerdings ist es notwendig, dass die Stadtverwaltung die Polizei kontinuierlich unterstützt und antreibt – wie bereits hinter dem Maritim geschehen, wo durch gezielte Maßnahmen zumindest Verdrängungserfolge erzielt wurden.

Er betonte, es reicht nicht aus, sich nur auf die Polizei zu verlassen. Es braucht zusätzliche Ressourcen wie Manpower, Informanten und Zeugen, die vor Gericht aussagen können, um die Täterstrukturen aufzudecken und zu zerschlagen. Das Ordnungsamt könnte hier eine unterstützende Rolle spielen, etwa bei der Auskundschaftung von Hintermännern oder Logistikpunkten, an denen Dealer ihre Ware beziehen. Der Antrag unterscheidet sich daher von früheren Vorlagen und zielt darauf ab, die Drogenproblematik aktiv einzudämmen – zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, die in der Stadt unterwegs sind.

Herr Backmund sagte, es ist klar, dass die Polizeiarbeit in den Zuständigkeitsbereich des Landes fällt und nicht von der Stadtverwaltung übernommen werden kann. Dennoch könnte das Ordnungsamt aktiv werden, etwa durch gezielte Präsenz vor Ort. Laut Rückmeldungen aus der Nachbarschaft wird die Polizei in dem Bereich oft vermisst, insbesondere in den Abendstunden – ein Problem, das die Stadtverwaltung durch eigene Maßnahmen angehen könnte.

Herr Teschner wies darauf hin, dass Drogendelikte durch spezifische Ermittlungsmechanismen der Polizei bearbeitet werden. Das Ordnungsamt ist nicht für solche Ermittlungen zuständig, da diese allein durch die Polizei erfolgen. Zudem stellte er klar, dass die Stadtverwaltung fast täglich am Gesundheitszentrum präsent ist – nicht immer gemeinsam mit der Polizei – und sich mit Problemen wie Trinkerklientel und Lärmbeschwerden auseinandersetzt. Auch wenn das Thema wichtig ist, bleibt die Stellungnahme der Stadtverwaltung unverändert.

Formell könnte der Antrag aus verschiedenen Gründen abgelehnt werden. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die gemeinsame Streifenfahrt im übertragenen Wirkungskreis eine Rolle spielt und dass beim Thema Beleuchtung bereits konkrete Schritte eingeleitet wurden, um die Situation zu verbessern.

Herr Kehrwieder fragte, ob die Ablehnung des Antrags rechtlich begründet ist, da in der Stellungnahme nicht klar hervorgeht, ob das Ordnungsamt tatsächlich keine Zuständigkeit für die genannten Maßnahmen hat. Es stellt sich die Frage, ob dies rechtlich verbindlich ist oder ob die Stadtverwaltung die Maßnahmen theoretisch koordinieren könnte, auch wenn sie nicht direkt umsetzbar sind.

Herr Teschner sagte, es gibt eine klare Trennung zwischen der Straftatenbekämpfung, die als originäre Aufgabe der Polizei gilt, und der städtebaulichen Kriminalprävention, für die die Kommune zuständig ist. Die Stadt kann durch Maßnahmen wie Beleuchtung oder die Gestaltung von öffentlichen Räumen Tatgelegenheiten minimieren. Allerdings bleiben die konkrete Ermittlungsarbeit und Maßnahmenumsetzung vor Ort, insbesondere bei Drogenhandel, allein der Polizei vorbehalten.

Die Stadt begleitet diese Arbeit im Rahmen gemeinsamer Streifen, etwa bei der Betreuung von Trinkerklientel, aber die polizeilichen Befugnisse und Maßnahmen liegen bei der Polizei. Neben der Beleuchtung gibt es zwar weitere städtebauliche Ansätze, diese sind jedoch komplex und nicht kurzfristig umsetzbar. Städtebauliche Veränderungen erfordern langfristige Planungen und sind nicht mit einfachen Lösungen wie einer Beleuchtungsänderung vergleichbar.

Hauptbahnhöfe und bestimmte Treffpunkte ziehen aufgrund ihrer Anbindung und Funktion zwangsläufig Drogenhandel an, da sie von Personen aus verschiedenen Regionen frequentiert werden. Dies ist ein bekanntes Problem in vielen Großstädten, und auch wenn es sich nicht vollständig beseitigen lässt, muss aktiv dagegen vorgegangen werden. Die Stadt kann jedoch im Bereich der Prävention tätig werden, etwa durch die Förderung von Schulpflicht, Angebote für Jugendliche oder andere soziale Maßnahmen. Diese Ansätze zielen darauf ab, die Ursachen von Jugendkriminalität zu adressieren, statt nur Straftaten zu verfolgen.

Herr Raue sagte, der Antrag sieht keine konkreten Maßnahmen vor, sondern beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der Landespolizei geeignete Lösungen zu entwickeln. Damit greift er nicht in den übertragenen Wirkungsbereich ein, sondern beschreibt lediglich den aktuellen Zustand und schlägt Abhilfe vor. Die Umsetzung bleibt dabei freigestellt. Ein zentrales Problem der Landespolizei ist die personelle Ausstattung, insbesondere in Brennpunkten. Zudem geht die Polizei aus Sicherheitsgründen selten allein vor, sondern meist in Teams von mindestens zwei Beamten.

Hier könnte das Ordnungsamt eine unterstützende Rolle spielen, indem es als zusätzliche Präsenz vor Ort agiert. Eine Streife des Ordnungsamtes könnte gemeinsam mit der Polizei auftreten, ohne dass die Polizei in Unterzahl gerät. Bei Bedarf könnte das Ordnungsamt die Landespolizei hinzurufen, sodass insgesamt vier Personen vor Ort wären. Dies würde die Sicherheit der Polizeibeamten erhöhen und gleichzeitig eine stärkere Abschreckungswirkung entfalten.

Herr Backmund fragte, ob es einen festen Rhythmus oder eine Routine, nach der das Ordnungsamt dieses Gebiet bestreift, gibt. Wie oft, zu welchen Uhrzeiten oder an welchen Tagen bzw. Kalenderwochen findet die Kontrolle statt? Gibt es dazu irgendwo nachvollziehbare Arbeitsabläufe oder Pläne, die eingesehen oder weitergegeben werden können?

Herr Teschner sagte, die Streifenfahrten werden nicht lückenlos dokumentiert, da eine vollständige Erfassung aller Aktivitäten aus praktischen Gründen nicht möglich ist. Es gibt weder einen festen Zeitplan noch eine detaillierte Statistik zu den Einsätzen. Die Präsenz des Ordnungsamts ist jedoch nahezu täglich gegeben, wobei der Schwerpunkt auf den Abendstunden liegt, da zu dieser Zeit mehr los ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich abgelehnt**

1 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

2 Ja / 7 Nein / 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Landespolizei, zu prüfen welche Maßnahmen geeignet sind den aktiven Drogenhandel im Umfeld des Gesundheitszentrums Silberhöhe zu beenden.
2. Dabei ist zu prüfen, ob bereits eine, durch die Stadt selbst anzubringende, stärkere Beleuchtung des Umfeldes ausreichend ist oder die Stadtverwaltung zur Bewältigung des Problems die Polizei hinzuzieht. Auch weitere Maßnahmen sind zu prüfen.
3. Die Stadtverwaltung wird anschließend beauftragt die positiv geprüften Maßnahmen vor Ort umzusetzen bzw. bei der Umsetzung zu unterstützen.

zu 6.4 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur beschleunigten Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie, Vorlage: VIII/2026/02435

Frau Labusga führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Neumann fragte, wie die Situation mit den Fördermitteln im Bereich Energieeffizienz ist, wenn bereits ein aktueller Beleuchtungsvertrag besteht und ob die Betreiber der Beleuchtung diese laufend stellen können oder ob das nur bei Abschluss eines neuen Vertrags möglich ist.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Raue erkundigte sich, ob die zusätzlichen Mittel, die für die geplanten Maßnahmen benötigt werden, im Haushalt bereits eingeplant sind.

Herr Rebenstorf sagte, dass bei Erneuerungsbedarf auf den neusten Stand der Technik erneuert wird.

Herr Raue wies darauf hin, dass die im Antrag geforderten Mittel nicht gegenfinanziert sind. Daher könne keine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich zugestimmt**

2 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis SR:**mehrheitlich zugestimmt****5 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltungen****Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. im Rahmen des laufenden Beleuchtungsvertrags alle rechtlich und technisch möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine prioritäre und beschleunigte Umrüstung der bestehenden Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente LED-Technologie zu erreichen,
2. bereits im Vorfeld der anstehenden Neuausschreibung des Beleuchtungsvertrags die beschleunigte Umrüstung auf LED-Technologie sowie intelligente Steuerungs- und Dimmsysteme im Zuge der Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen zu berücksichtigen sowie
3. dem Stadtrat im dritten Quartal 2026 eine Übersicht über die zu erwartenden Investitionskosten, Einsparpotenziale (Energie- und Wartungskosten), existierende Förderprogramme sowie einen verbindlichen Zeitplan zur weitestgehend flächendeckenden Umrüstung vorzulegen.

zu 6.5 Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER: Platzfrieden am August-Bebel-Platz und am Landesmuseum, Vorlage: VIII/2026/02434

Herr Kehrwieder führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Frau Dr. Burkert sagte, das Thema Ordnung und Sicherheit an öffentlichen Plätzen wie dem August-Bebel-Platz oder im Landesmuseum ist für die Fraktion von zentraler Bedeutung. Bei einem Besuch am Bebelplatz wurde deutlich, dass die Streetworker dort aktiv sind und mit einem Stand Getränke anbieten sowie Gespräche mit Jugendlichen führen. Dieser Ansatz wird positiv bewertet, da er hilft, Ruhe und Ordnung zu fördern, indem gemeinsam mit den Jugendlichen Lösungen gefunden werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bereitstellung von Freiflächen für Nachtkultur, wie im Antrag der Fraktion aus dem Jahr 2024 gefordert. Ziel ist es, Jugendlichen legale Möglichkeiten für Spontanpartys und Feiern zu bieten, um Zerstörung und illegale Veranstaltungen zu vermeiden. Neben Freiflächen sollten auch alternative Orte gefunden werden, um den Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht zu werden.

Besonders gelobt wird das Engagement auf der Peißnitz, wo das Ordnungsamt unter kontrollierten Bedingungen sichere Feiern ermöglicht. Diese Initiativen zeigen, dass die Stadtverwaltung mit Streetworkern, Ordnungsamt und sicheren Veranstaltungsformaten einen konstruktiven Umgang mit den Anliegen der Jugendlichen pflegt. Die Fraktion unterstützt diesen Kurs und möchte ihn fortsetzen.

Herr Kehrwieder sagte, der Antrag zielt nicht ausschließlich darauf ab, Jugendlichen und Partybegeisterten Räume zu bieten – auch ältere Menschen könnten davon profitieren. Vielmehr geht es um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Bedürfnissen der Feiernden und den Anwohnern. Es braucht gegenseitige Toleranz: Gelegentliche Spontanpartys, die über 22 Uhr hinausgehen, sind vertretbar, solange sie nicht regelmäßig stattfinden und respektvoll ablaufen. Allerdings ist in den letzten Monaten am Landesmuseum eine Entwicklung zu beobachten, die diesen Kompromissgedanken überschreitet. Die Situation eskaliert zunehmend und gefährdet das Vertrauen zwischen Anwohnern und Feiernden.

Der Antrag soll präventiv wirken, um zu verhindern, dass Jugendliche auf der Suche nach Alternativen neue Flächen besetzen, die dann noch stärker belastet werden. Auch kontrollierte Feiern unter Aufsicht des Ordnungsamtes sind nicht immer ideal – manchmal ist es angenehmer, wenn die Staatshoheit nicht präsent ist. Ein Beispiel für die negativen Folgen fehlender Regulation sind die Silvesterpartys am Landesmuseum: Anwohner fanden beschädigte Autos vor, etwa mit zerstochnen Reifen oder zerschlagenen Frontscheiben. Dies zeigt, wie schnell die Situation eskalieren kann. Er sagte, der Antrag soll daher sicherstellen, dass verfügbare Flächen erhalten bleiben und Jugendliche in Halle legale Möglichkeiten zur Nutzung haben.

Frau Krischok fragte, warum Kindern und Jugendlichen eine besondere Behandlung zuteilwird und ob sie etwa besonders problematisch sind. Der Begriff „Platzfrieden“ ist fragwürdig und wirkt abwertend. Es stellt sich die Frage, was damit überhaupt gemeint ist. Zudem gibt es praktische Probleme, die unabhängig vom Alter der Anwesenden sind – etwa das Fehlen öffentlicher Toiletten am Bebelplatz. Dies wurde bereits vor Jahren thematisiert, und es gibt einfache Lösungsansätze, wie die Zusammenarbeit mit zwei gastgebenden Kneipen, die ihre Toiletten unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Die Diskussion sollte nicht nur auf Jugendliche fokussiert sein, sondern allen Generationen gerecht werden. Begriffe wie „Hotspot“ wirken zudem stigmatisierend und sind unverständlich. Stattdessen sollte der Fokus auf gemeinsamen Freiräumen liegen, die für alle nutzbar sind.

Herr Kehrwieder sagte, Platzfrieden bedeutet einen Ort der gegenseitigen Rücksichtnahme, in dem Feiern möglich ist, ohne dass Anwohner in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt werden. Der Antrag zielt nicht darauf ab, das Feiern generell einzuschränken oder zu verbieten, sondern sicherzustellen, dass an stark frequentierten Plätzen wie dem August-Bebel-Platz, dem Landesmuseum oder dem Rosa-Luxemburg-Platz ein ausgewogenes Miteinander möglich ist. Diese Orte, sogenannte Hotspots (im Sinne von stark frequentierten Plätzen, nicht negativ gemeint), sollen so gestaltet werden, dass sowohl Feiernde als auch Anwohner – darunter auch Familien mit Kindern – ihre Bedürfnisse respektieren.

Es geht darum, Ruhezeiten zu wahren und Eskalationen zu vermeiden, die letztlich zu Polizeieinsätzen oder einer Verlagerung der Probleme führen könnten. Der Antrag soll helfen, diese Plätze als lebendige Begegnungsorte für verschiedene Generationen zu erhalten, ohne dass die Situation eskaliert. Ziel ist es, ein friedliches Miteinander zu fördern, bei dem alle – Feiernde und Anwohner – ihre Zeit am Platz genießen können.

Herr Hebeda sagte, es wirkt, als hätte man die Fakten oder Statistiken nicht ausreichend zur Kenntnis genommen oder ignorieren sie bewusst. Die Realität an Orten wie dem Landesmuseum oder dem August-Bebel-Platz ist geprägt von konkreten Problemen: Fast 600 Polizeieinsätze allein rund um das Landesmuseum, Berichte über Polizeieinsätze nach Einbruchsalarmen, Auseinandersetzungen mit Verletzten nach politisch aufgeladener Musik sowie Vorfälle mit Pyrotechnik und Konflikten zwischen Personengruppen. Der Antrag soll Ordnung und Aufenthaltsqualität für alle schaffen – sowohl für Feiernde als auch für Anwohner. Es geht nicht um Vorurteile oder die Benachteiligung bestimmter Gruppen, sondern um die Lebensqualität der Menschen vor Ort.

Der Vorwurf, der Antrag sei „vorurteilsbehaftet“, ist unbegründet und lenkt vom eigentlichen Thema ab. Stattdessen wird hier versucht, konkrete Probleme wie Lärm, Müll und Konflikte zu lösen. Dass man dies ignoriert oder leugnet, zeigt, wie weit entfernt man von der tatsächlichen Situation der Anwohner sind. Es ist unverständlich, warum sachliche Argumente ignoriert und stattdessen politische Rhetorik in den Vordergrund gestellt wird. Damit wird kein Problem gelöst, sondern das Miteinander vor Ort weiter belastet.

Frau Prof. Dr. Dalbert erinnerte daran, dass man sich auch in hitzigen Debatten respektvoll und wertschätzend verhalten sollte. Es ist wichtig, sachlich zu bleiben und auf persönliche Angriffe oder verletzende Unterstellungen zu verzichten. Demokratie lebt vom Austausch, aber dieser sollte immer in einem fairen und höflichen Rahmen stattfinden.

Herr Neumann erkundigte sich, wann mit einer Rückmeldung der Stadtverwaltung zum Thema Freiflächen-Nachkultur zu rechnen ist.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Neumann fragte nach einer konkreten Vorstellung, was unter einem kommunalen Maßnahmenpaket verstanden wird, da die Formulierung als zu ungenau empfunden wird.

Herr Hebeda sagte, es geht um ähnliche Präventionsmaßnahmen, wie sie bereits bei der Jugendkriminalität an Schulen erfolgreich umgesetzt wurden. Damals arbeitete die Stadtverwaltung mit der Innenministerin und der Landespolizei zusammen und erstellte ein Maßnahmenpaket, das unter anderem Präventionspartnerschaften, Justizvereinfachungen und aktive Bestreifung umfasste. Diese Schritte führten zu einer spürbaren Verbesserung der Situation. Im aktuellen Antrag wird ein ähnliches Vorgehen für die Bereiche Ordnung und Nachtkultur vorgeschlagen, um eine Befriedung für alle Beteiligten zu erreichen.

Es geht nicht nur um direkte Eingriffe wie das Herunterdrehen der Musik, sondern um umfassendere Lösungen, etwa den Einsatz von Beleuchtung oder anderen kreativen Ansätzen, die in der Stellungnahme der Stadtverwaltung bereits angedeutet werden. Der Antrag ist bewusst offen formuliert, um Missverständnisse zu vermeiden und Raum für verschiedene sinnvolle Maßnahmen zu lassen. Er fragte nach dem aktuellen Stand der „Kiezlichter“, konkret danach, wie die Umsetzung voranschreitet, welche Anspracheformen genutzt werden und wie deren Verteilung und Aktivität gestaltet sind.

Herr Schied sagte, der Antrag knüpft an einen bereits 2023 gestellten Antrag an und bezieht sich auf Maßnahmen der Stadtverwaltung, die damals geplant oder eingeleitet wurden. Nun stellt sich die Frage, ob diese Maßnahmen tatsächlich umgesetzt, angepasst oder möglicherweise sogar abgebrochen wurden. Konkret geht es ihm darum, ob der neue Antrag notwendig ist, da er sich mit einem Thema beschäftigt, das bereits in der Diskussion steht, oder ob die bestehenden Initiativen ausreichen. Der Fokus liegt dabei auf Ordnung und Sicherheit an öffentlichen Plätzen, ein Thema, das in der Stadt immer wieder relevant ist.

Die zentrale Frage ist also: Reicht das bisherige Vorgehen der Stadtverwaltung aus, oder ist der Antrag eine sinnvolle Ergänzung? Es geht nicht um eine emotionale Bewertung, sondern um eine sachliche Einschätzung der tatsächlichen Maßnahmen und deren Umsetzung.

Herr Teschner sagte, es gibt verschiedene Argumente und Positionen zu diesem Thema. Einerseits könnte man sagen, dass die Stadtverwaltung die Maßnahmen bereits erfolgreich umsetzt und keine zusätzlichen Schritte nötig sind. Andererseits wird betont, dass man die bestehenden Ansätze nicht erst jetzt beginnt, sondern bereits seit Längerem an diesen Schwerpunkten arbeitet. Ein zentraler Punkt ist, dass reiner Kontrolldruck – etwa durch uniformierte Präsenz – zwar kurzfristig für Ruhe sorgen kann, aber keine dauerhafte Lösung darstellt. Vielmehr führt er oft zu einer Verhärtung der Fronten, wie Erfahrungen am Bebelplatz zeigen, wo Polizei und Ordnungsamt teilweise als Gegner wahrgenommen wurden.

Stattdessen soll ein Interessenausgleich geschaffen werden, etwa durch alternative Angebote wie die Ziegelwiese, die als besser geeigneter Ort für Feiern beworben wurde.

Diese Maßnahme wurde gut angenommen, auch wenn nicht genau erhoben wird, ob die Nutzung ausschließlich auf das Projekt zurückgeht. Weitere Schritte umfassen die Aufstellung von Toiletten und die enge Zusammenarbeit mit Streetworkern, die als niedrigschwellige Ansprechpartner fungieren. Diese Herangehensweise soll ohne Konfrontation Lösungen bieten. Auch wenn die Maßnahmen zur Jugendkriminalität nicht 1:1 übertragbar sind, zeigt sich, dass ein breites Spektrum an Ansätzen genutzt wird.

Die Stadtverwaltung sieht ihre bisherige Arbeit als fortlaufenden Prozess, der weiterentwickelt werden soll. Man ist offen für neue Ideen, betont aber auch die begrenzten Ressourcen und die Vielzahl an Herausforderungen, insbesondere im Sommer. Der Antrag selbst ist nicht unbedingt innovativ, sondern knüpft an den Antrag von 2023 an. Es bleibt abzuwarten, wie die Abstimmung ausgeht, doch man ist bereit, das Ergebnis zu akzeptieren und die Diskussion als offenen Prozess zu verstehen.

Herr Raue sagte, seit 2015 haben sich in Halle neue Probleme entwickelt, insbesondere im Zusammenhang mit Jugendkriminalität und Feierkultur, die damals noch nicht in diesem Ausmaß existierten. Damals wurde zwar regelmäßig vor den Folgen von Immigration gewarnt, doch heute sind diese Herausforderungen Realität. Die Feierkultur scheint sich verändert zu haben: Während früher lautstarke Veranstaltungen seltener waren und weniger Konflikte nach sich zogen, gibt es heute massive Sicherheitsbedenken. Jugendliche trauen sich teilweise nicht mehr, in Parks oder in der Nähe ihrer Wohnorte zu feiern, aus Angst vor Auseinandersetzungen oder Sachbeschädigungen.

Obwohl der Antrag aus Sicht der Stadtverwaltung eigentlich ihre Aufgabe wäre, wird er unterstützt, da er ein dringendes Problem für Anwohner – insbesondere für Frühaufsteher wie Berufstätige oder Eltern – adressiert. Nachts Schlaf zu finden, ohne morgens mit beschädigten Autos oder Glasscherben konfrontiert zu werden, ist ein grundlegendes Bedürfnis. Die Situation erinnert an den Antrag zur Eindämmung der Drogenszene am Gesundheitszentrum: Auch hier geht es um gesundheitliche Risiken durch Schlafmangel und die damit verbundenen Folgen. Angesichts dieser Dringlichkeit wird der Antrag trotz der verwunderten Haltung, dass er diesmal Zustimmung statt Ablehnung erfährt, unterstützt.

Frau Schöps stellte zwei Rückfragen, um das Verständnis des Antrags zu klären. Zum einen ist unklar, was der Antrag konkret bewirken soll – ob er etwa zusätzliche Mittel freisetzt, die Stadtverwaltung in ihrer Arbeit bestätigt oder ob es sich lediglich um eine Absicherung bestehender Maßnahmen handelt. Bisherige Ansätze wie die Bebelplatzlichter werden zwar als positiv hervorgehoben, doch der tatsächliche Nutzen des Antrags bleibt fraglich.

Zum anderen wurde nach der Formulierung „messbare Verbesserung“ gefragt. Unklar ist, ob damit eine statistische Erfassung des Sicherheitsempfindens gemeint ist – etwa durch Umfragen oder Erhebungen. Sollte dies der Fall sein, stellt sich die Frage, wer diese durchführt, wie aufwendig dies wäre und ob dafür Kosten geplant sind. Mehrere Erhebungszeitpunkte wären notwendig, um valide Daten zu erhalten, was mit erheblichem Aufwand verbunden wäre.

Herr Kehr wieder sagte, die Messbarkeit der Verbesserung wird daran festgemacht, dass es weniger Beschwerden und Meldungen zu Vorfällen gibt. Der Antrag entstand ursprünglich in einem anderen Kontext, doch aufgrund der aktuellen Situation – insbesondere mit häufigeren Meldungen am Landesmuseum und August-Bebel-Platz – soll der Fokus erneut auf diese Orte gelenkt werden. Die Initiative ist eine Reaktion auf die veränderten Gegebenheiten, die eine neue Aufmerksamkeit erfordern.

Herr Teschner sagte, die Kiezschilder sind mittlerweile als klassisches Streetwork in diesem Bereich aktiv. Ihr Ansatz besteht darin, präventiv Gespräche anzubieten – etwa durch die Verteilung von Wasser oder frühzeitige Ansprache von Personen, bei denen

potenzielle Probleme wie übermäßige Lautstärke oder aggressives Verhalten erkennbar sind. Ziel ist es, Konflikte im Vorfeld zu vermeiden, statt erst nach Vorfällen einzugreifen. Im Gegensatz zum Ordnungsamt, das oft mit Strafen, Personalienaufnahme oder Platzverweisen assoziiert wird, steht hier der Dialog und ein anderes Miteinander im Vordergrund.

Herr Schied sagte, es bleibt unklar, welchen konkreten Mehrwert dieser Antrag hat, da er sich in die gleiche Richtung bewegt wie die bereits laufenden Maßnahmen. Die Frage ist, was durch den Antrag neu oder anders gemacht werden soll, wenn bereits seit Jahren an der Situation gearbeitet wird und keine neuen Aspekte erkennbar sind. Der Nutzen des Antrags erschließt sich nicht.

Herr Hebeda betonte, dass das Thema keine Neuigkeit ist – bereits bei der Jugendkriminalität an Schulen gab es ähnliche Anträge. Allerdings wurde der Fokus nun erweitert und angepasst: Während es damals um konkrete Jugendkriminalität ging, stehen heute Hotspots wie der August-Bebel-Platz oder das Landesmuseum im Mittelpunkt, an denen sich Jugendliche aufhalten, Anwohner sich jedoch gestört fühlen.

Der Antrag schlägt vor, bewährte Maßnahmen – etwa den Einsatz von Kiezschildern – auf diese öffentlichen Plätze zu übertragen, allerdings mit angepasster Intensität. Wer der Meinung ist, der Antrag gehe nicht weit genug oder bringe keine Veränderungen, wird darauf verwiesen, dass dies erst im Nachhinein bewertet werden kann, falls der Antrag angenommen wird. Er schlug vor, ihn heute zu beschließen und später zu prüfen, ob er Wirkung zeigt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich zugestimmt**

2 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis SR: **mit Patt abgelehnt**

4 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur messbaren Verbesserung des Sicherheitsempfindens und der Aufenthaltsqualität an den Hotspots August-Bebel-Platz, Rosa-Luxemburg-Platz sowie am Vorplatz des Landesmuseum für Vorgeschichte ein kommunales Maßnahmenpaket im eigenen Wirkungskreis (insbesondere Sauberkeit und Ordnung) zu bündeln und umzusetzen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in der verwaltungsseitigen Stellungnahme zu VII/2023/06344 dargestellten kommunalen Beiträge des dort beschriebenen gemeinsamen Vorgehens zur Eindämmung von Jugendgewalt/Jugenddelinquenz im Sinne eines präventiven Hotspot-Ansatzes fortzuführen und – soweit erforderlich – zu verstetigen. Über das Ergebnis ist der Stadtrat zeitnah in Kenntnis zu setzen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Entwicklung und aktueller Sachstand von Carsharing im Stadtgebiet von Halle (Saale)

Frau Prof. Dr. Dalbert beantragte das Rederecht für Herrn Blume und Herrn Greiner. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Teschner informierte anhand der Präsentation über den aktuellen Sachstand von Carsharing im Stadtgebiet von Halle (Saale). Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Blume informierte anhand der Präsentation über den aktuellen Sachstand von Carsharing bei teilAuto im Stadtgebiet von Halle (Saale). Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Greiner informierte anhand der Präsentation über den aktuellen Sachstand von Carsharing bei Jetzt mobil im Stadtgebiet von Halle (Saale). Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Labusga fragte, wie sie die Flotte auf Verbrenner und E-Mobilität aufteilt und ob es Unterschiede im Nutzungsverhalten gibt. Außerdem fragte sie, wie es sich mit der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum verhält hinsichtlich technischer Störungen, Schäden etc.

Herr Greiner sagte, dass es sieben E-Fahrzeuge in der Flotte gibt. Wenn man ein E-Fahrzeug beim Carsharing bereitstellt, benötigt man einen eigenen Ladepunkt, sonst wird es vom Nutzer weniger akzeptiert. Er vermutet, dass sich die E-Mobilität in der Allgemeinheit zukünftig stärker durchsetzen wird.

Herr Blume sagte, dass von 150 Fahrzeugen 30 mit Elektromotor ausgestattet sind. Mit Partnern findet man gute Lösungen im Bereich der Ladeinfrastruktur. Im vergangenen Jahr gab es Kabeldiebstahl. Es gibt kein größeres Problem mit Vandalismus.

Herr Neumann fragte zum Thema Ausweisung von Lieferzonen für Carsharing. Außerdem fragte er, ob es Überlegungen gibt, Anreize für Menschen zu schaffen, die das eigene Auto abschaffen und auf Carsharing umsteigen.

Herr Teschner sagte, dass Carsharing nichts mit Anlieferzonen zu tun hat. Das ist eine Abwägung von Platz. Man würde damit vorhandene Parkflächen entfernen. Wichtig sind zum Beispiel auch Kurzzeitparkplätze für Pflegedienste. Zum Thema Belohnung sagte er, dass er keine Debatte dazu kennt und das Thema in der laufenden Haushaltsdebatte keinen Platz findet.

Herr Dr. Erdsack fragte, ob der Firmensitz von teilAuto wieder nach Halle verlegt wird.

Herr Blume konnte dazu keine Aussage treffen.

zu 7.2 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2026/02653

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.2 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Fromme fragte zur Baumfällung Nummer 2170 und bat um eine erneute Prüfung, ob die Bäume nicht doch zu retten sind.

Herr Kuchta sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 7.3 Vorstellung des LSG Bergbaufolgelandschaft Bruckdorf

Herr Hirtz informierte anhand der Präsentation über das LSG Bergbaufolgelandschaft Bruckdorf. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Krischok fragte, ob das angesprochene LSG Bergbaufolgelandschaft Bruckdorf im neu entwickelten Flächennutzungsplan bereits mitberücksichtigt wurde. Außerdem fragte sie, ob die Deponie da miteingeschlossen ist.

Herr Hirtz bestätigte den ersten Teil der Frage und sagte, die Deponie ist nicht mit enthalten.

Frau Dr. Burkert fragte, ob die zu verkaufenden Flächen inzwischen einen Schutzstatus haben und wie aktuell die Verhältnisse sind. Außerdem fragte sie, welche Wünsche vom Drachenboot- und Kanuverein umgesetzt oder abgelehnt wurden und welche Einschränkungen es gibt für den Wettbewerbsbetrieb.

Herr Hirtz sagte, dass er sich mit dem Drachenboot- und Kanuverein sehr eng abgestimmt hat. Die Wünsche konnten weitestgehend umgesetzt werden. Für die Kleingärtner wurde ein paar Sonderregelungen integriert. Das ist einvernehmlich abgestimmt und es gibt aus seiner Sicht kein Konfliktpotential.

Herr Neumann bat um eine erneute Einblendung der Karte. Er fragte zum Verständnis, ob Kleingärten im östlichen Teil mit inbegriffen sind.

Herr Hirtz bestätigte das.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Maßnahmen gegen das Insektensterben - hier: Nachfrage, Vorlage: VIII/2026/02526

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Dr. Burkert sagte, ihre Fraktion weiterhin in diesem Bereich aktiv bleiben wird.

zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Rad-, Fuß- und Busverkehr im Bereich Dautzsch / Reideburger Landstraße
Vorlage: VIII/2026/02633

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.2 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Herr Neumann wollte wissen, in welchem Umfang die Punkte aus den Antworten 7 und 8 umgesetzt werden sollen. Zudem fragte er nach konkreten Maßnahmen für das movemix-Shuttle in diesem Bereich.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof, Vorlage: VIII/2026/02634

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.3 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Dr. Burkert sagte, dass es Informationen gibt, dass dieser nordöstliche Randbereich des Bahnhofsvorplatzes für die Denkmalbehörde eine untergeordnete Rolle spielt. Sie fragte, ob eine erneute Überprüfung erfolgen kann, ob man regengeschützte Fahrradabstellanlagen installieren kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass auch Denkmalschutzgründen keine Überdachung vorgesehen ist. Langfristig muss man sich Gedanken über die Gestaltung des zu engen Bahnhofsvorplatzes machen.

zu 8.4 Frau Krischok zur Verbesserung der Sauberkeit

Frau Krischok sagte, laut der Antwort der Verwaltung vom 17. März 2026 auf eine Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle (VIII/2026/02408) wurde die Konzeption zur Verbesserung der Sauberkeit in Neustadt erstellt und sollte im April 2026 im KUOA vorgestellt werden. Sie fragte, wann diese Information nun konkret erfolgt.

Herr Teschner sagte, dass verwaltungsintern noch Abstimmungsbedarf gab und die Informationen dazu wahrscheinlich in der Sitzung im Juni erfolgen.

zu 8.5 Herr Neumann zu einem Rave auf der Ziegelwiese

Herr Neumann erkundigte sich nach den Gründen für das kurzfristige Verbot des Raves auf der Ziegelwiese an Himmelfahrt und wollte wissen, warum die Genehmigung kurzfristig nicht erteilt wurde und wie man zukünftig besser agieren kann.

Herr Teschner sagte, dass es derzeit auf der Ziegelwiese eine große Baustelle gibt mit viel Baumaterialien und vielen Absperrungen. Es gab bereits Sachbeschädigungen an der Baustelle und unter anderem wurde dort Holz verbrannt. Der Tag an Himmelfahrt ist immer eine heikle Angelegenheit. In der Vergangenheit gab es bereits Störungen im Zusammenhang mit dem Rave an Himmelfahrt auf der Ziegelwiese. Die Kombination aus

einer Raveparty und übermäßigem Alkoholkonsum in unmittelbarer Nähe einer Baustelle führte zur Untersagung der Veranstaltung.

Herr Neumann sagte, dass die Baustelle nicht überraschend war. Er vermutete, dass die Party als Spontanparty angemeldet wurde und fragte sich, wie das das beim nächsten Mal für eine langfristig stattfindende Party besser gestalten kann.

Herr Teschner bestätigte, dass die Feier als Spontanparty angemeldet wurde. Daher war vermutlich keine lange Planung möglich. Günstiger ist es, die zukünftigen Veranstaltungen von vornherein längerfristig zu planen statt sie kurzfristig als Spontanparty anzumelden.

zu 8.6 Herr Neumann zu einem Radweg

Herr Neumann fragte zum Radweg an der S-Bahn im Süden, im Bereich Merseburger Straße bis S-Bahnhof Silberhöhe. Das Projekt scheint es nicht mehr zu geben und er fragte nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Rebenstorf sagte, dass aktuell eine Fülle an Projekten im Bereich der Radwege in der Stadt durchgeführt werden. Dieser Radweg zählt aktuell nicht zu den Projekten, die zeitnah umgesetzt werden sollen.

zu 8.7 Herr Neumann zum mähfreien Mai

Herr Neumann sagte, dass im Bereich an der Stephanuskirche stark gemäht wurde. Er fragte, inwiefern das zum mähfreien Mai passt und ob man weiß, wer für die Flächen verantwortlich ist.

Herr Kuchta sagte, dass sich die Stephanuskirche wahrscheinlich noch in Landeseigentum befindet. Der Bereich liegt damit nicht in Zuständigkeit der Stadtverwaltung.

zu 8.8 Frau Dr. Burkert zu einem Radweg

Frau Dr. Burkert fragte, ob man den Bereich der Baustelle in der Dessauer Straße für die Radfahrer verbessern kann.

Herr Teschner nahm die Anregung auf.

zu 8.9 Frau Dr. Burkert zu Fahrradbügeln

Frau Dr. Burkert fragte zum Kreuzungsbereich Goethestraße/Herderstraße, ob dort die Anbringung von Leitboys oder Fahrradbügeln erneut geprüft werden kann.

Herr Teschner sagte, dass man in enger Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt steht. Dort wurde Bedenken gegenüber der Fahrradbügel geäußert, das weiter fortzuführen. Aus rein rechtlicher Sicht sind Kreuzungsbereiche freizuhalten. Er sagte, dass man an einer Lösung arbeitet, gemeinsam mit dem Landesverwaltungsamt. Denkbar sind unter anderem Markierungen.

zu 8.10 **Frau Dr. Burkert zum mährefreien Mai**

Frau Dr. Burkert sagte, dass heute im Rosa-Luxemburg-Park stark gemäht wurde. Sie fragte, ob es vorstellbar ist, dass man einen mährefreien Blüh-Streifen stehen lässt.

Herr Kuchta sagte, dass es später noch eine weitere Frage zum mährefreien Mai geben soll und bat um Rückstellung der Frage.

Frau Dr. Burkert war damit einverstanden.

zu 8.11 **Frau Krischok zur Ziegelwiese**

Frau Krischok fragte, ob das „betreute Feiern“ auf der Ziegelwiese in Halle (auch als Projekt „ZiWi“ bekannt) trotz der Baustelle dieses Jahr stattfinden kann, inklusive der Nutzung der temporären Toilette.

Herr Teschner sagte, dass das Projekt dieses Jahr nicht öffentlich beworben wurde, da der Bereich derzeit nicht einladend wirkt. Derzeit treffen sich dort auch schon Menschen und man ist mit der Polizei und den Ordnungskräften vor Ort präsent. Eine Toilette steht derzeit nicht zur Verfügung.

zu 8.12 **Frau Fromme zum mährefreien Mai**

Frau Fromme fragte zur Fläche vor der Saline, sowie dem Bereich vor dem ehemaligen Maritim-Hotel und rund um den Riebeckplatz. Sie fragte, welche ausgewählten Flächen der Stadtverwaltung dazugehören.

Herr Kuchta möchte diese und die nächste Frage gemeinsam beantworten.

zu 8.13 **Frau Prof. Dr. Dalbert zum mährefreien Mai**

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, per städtischer Pressemitteilung vom 27.04.2026 wurde von der Stadtverwaltung darüber informiert, dass auf geeigneten städtischen Grünflächen ein jährlicher „mährefreier Mai“ für mehr Blühpflanzen und damit als Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt eingeführt wurde. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie Institutionen wurden zum Mitmachen aufgefordert.

Sie fragte: Welche größeren städtischen Grünflächen mit welchen Flächengrößen sind 2026 gegenüber den in den vergangenen Jahren bereits nur ein-zweimal gemähten städtischen Grünflächen im Stadtgebiet im Rahmen der neuen Aktion „mährefreier Mai“ neu hinzugekommen? Könnte der Park des Dankens, des Erinnerns und des Hoffens oder Teile des Parks auf dem Holzplatz künftig ebenfalls in die Aktion einbezogen werden? Plant die Verwaltung im kommenden Jahr weitere bisher noch nicht berücksichtigte Grünflächen neu mit einzubeziehen, wenn ja welche?

Herr Kuchta sagte, neue Flächen wurden für die Aktion nicht hinzugezogen. Entscheidende Kriterien für die Auswahl geeigneter Flächen waren Passantenfrequenz, Verkehrssicherheit und die Nutzung der Areale. So wurde der Vorschlag abgelehnt, den Park des Dankens, des Erinnerns und des Hoffens (Salineinsel) einzubeziehen, da sich in unmittelbarer Nähe eine

Schule befindet und der Park ein sensibler Ort für Angehörige von Organspendern ist. Zudem gibt es mit den Pulverweiden bereits eine naturbelassene Fläche in der Nähe.

Auch der Thüringer Park wurde nicht in die Aktion aufgenommen, da hier zu viele Menschen unterwegs sind und eine hohe Frequenz unkontrolliertem Wildwuchs entgegenstehe. Am Riebeckplatz und an Verkehrsknotenpunkten wurde das Gras kürzlich sogar wieder kurz gemäht, da Sichtachsen und Verkehrssicherheit Vorrang hätten. Zudem wurde der Mythos widerlegt, dass weniger Mähen Kosten spare: Naturnah ist nicht günstiger. Es wird kein Geld gespart werden. Größere Maschinen seien dann nötig, was den Aufwand erhöhe.

Ein unfreiwilliger Mähverzicht vor drei Jahren hatte zur Folge, dass man mit dem Mähen nicht mehr hinterherkam. Die Verwaltung konnte die Situation kaum noch bewältigen. Er sagte, dass man das Konzept laufend überprüft, sowohl was die Aufnahme neuer Flächen angeht, als auch die Änderungen der Intensivität der Nutzung. Durch Sparmaßnahmen wurden bereits drei Stellen im Grünflächenamt gestrichen. Sollte das Mähen seltener ausfallen, läge dies also nicht an einem durchdachten Konzept, sondern am Personalmangel.

zu 8.14 Frau Prof. Dr. Dalbert zu einem Parkplatz

Frau Prof. Dr. Dalbert wies auf das Problem am Park-and-Ride-Platz am Rennbahnkreuz hin, wo regelmäßig LKW die Stellflächen für PKW blockieren. Sie fragte, ob das der Stadtverwaltung bekannt ist und wie man das verhindern kann.

Herr Teschner sagte, dass das kein größeres Problem darstellt, solange der Parkplatz nicht ausgelastet ist.

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass in Folge des Parkens der LKW mit dem Parken in Richtung Saline, an der „Wilden Saale“, ausweichen und diesen Bereich zuparken. Die LKW parken dort teilweise das ganze Wochenende.

Herr Teschner empfahl, dass man sie über die Örtlichkeit noch einmal verständigt und im Nachgang mögliche Maßnahmen ergriffen werden sollen.

Frau Prof. Dr. Dalbert stimmte dem zu.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Prof. Dr. Dalbert bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Prof. Dr. Claudia Dalbert
Ausschussvorsitzende

Sophia Waldowski
stellv. Protokollführerin